

„Entstanden ist die Initiative aus einem Staatsversagen heraus. Offizielle Stellen sind nicht tätig geworden, Helfer eingesprungen.“

ASYL – FAKTEN STATT MYTHEN

Geld für Asylwerber

Asylsuchende erhalten in der Grundversorgung monatlich maximal 320 Euro für alle Ausgaben inklusive Miete ausbezahlt. Der vergleichbare Betrag für Österreicher liegt bei maximal 838 Euro.



Ungleicher Europa

In einigen EU-Ländern erhalten Flüchtlinge kaum Asyl oder Hilfe. So bekommen 90 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien in Österreich Asyl gewährt – in Griechenland sind es weniger als zehn Prozent.



| Von Doris Neubauer

„Brennpunkt Trais-kirchen: Gewaltexzesse und Drogen“ (Krone) oder „Italien spricht von einem Flüchtlingsunam“ (FAZ) – bei solchen Schlagzeilen kann man es schon mit der Angst zu tun bekommen. Elisabeth T. (Name der Red. bekannt) erging es nicht anders. „Ich konnte mich entscheiden: Entweder lasse ich aus lauter Sorge meine Nichten nicht mehr auf die Straße“, erzählt die Wienerin, „oder ich überprüfe im persönlichen Kontakt, ob diese Angst berechtigt ist.“ Sie entschied sich für Letzteres und begann, bei „Train of Hope“ Flüchtlinge auf dem Wiener Hauptbahnhof willkommen zu heißen. Mittlerweile gibt die 50-Jährige pakistanischen Asylsuchenden Deutschunterricht. Das Lernen beschränkt sich aber nicht auf die Sprache, auch das interkulturelle Verständnis wächst – auf beiden Seiten. „Anfangs war es für mich fast eine Beleidigung, dass mich die Burschen „Auntie“ (engl. Tante) nennen, inzwischen habe ich mich daran gewöhnt. Sie zeigen mir so ihre Wertschätzung“, berichtet Elisabeth, die in der Kommunikation tätig ist, und fügt hinzu: „Manche Muslime zeigen uns Frauen gegenüber mehr Respekt als österreichische Männer.“ Auch, dass es ihren Schützlingen bis heute schwer fällt, einem weiblichen Gegenüber die Hand zu schütteln oder in die Augen zu schauen, ist für sie nichts Ungewöhnliches mehr. Nicht, weil die Männer auf Frauen herabschauen, sondern weil diese Gesten in ihrer Kultur nicht üblich sind.

Fragen statt Angst

Angst vor den muslimischen Neankömmlingen hat Elisabeth längst nicht mehr, ihr Interesse an der fremden Kultur ist aber ungestillt. Vor allem, was das Thema Religion angeht. „Für mich war es ein Schock, wie wenig meine Schützlinge über den Islam wissen“, berichtet sie. Islamexperte Alexander Osman kann das bestätigen. „Oft entsteht auch ein Mischmasch aus Religion und Kultur“, erklärt der Trainer und Mediator. Dann würden Elemente wie Gastfreundschaft, die aus dem Islam stammen, zu Traditionen. Dann würde es aber auch passieren, dass Frauenbeschneidung oder Zwangsheirat, die der muslimischen Lehre widersprechen, als Teil der Religion betrachtet werden. Solche Fehlannahmen aufzuklären und Interessierten wie Elisabeth den Islam näher zu bringen, war das Ziel des Workshops „Rollenbilder und Religion“, den Osman gemeinsam mit der Bundesvorsitzenden der Muslimischen Jugend Österreich, Canan Yasar gehalten hat.

Die Veranstaltung ist Teil der neuen Reihe „Power 2 Help“, die an der WU Wien ins Leben gerufen wurde. An zehn Abendterminen



Foto: AFP / Klammer

Sie leisten Unglaubliches und bleiben im Hintergrund. Dabei brauchen die tausenden freiwilligen Flüchtlingshelfer selbst Unterstützung im Umgang mit heiklen Themen.

Auch Helfer BRAUCHEN HILFE

bis Ende Juni sollen Freiwilligen und potenziellen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe Kompetenzen für ihre Arbeit vermittelt werden. Nicht durch WU-Forscher, sondern durch Experten,



Foto: Power 2 Help Workshops

„Vor allem die Zielgruppe Vierzig plus interessiert sich für interkulturelle Themen und fragt sich, was es mit Sprechentfernung oder Augenkontakt auf sich hat.“

KLARTEXT

Der Reim auf die Kornblume



Symbolen durchdringen die Gesellschaft. Als wichtige Zeichen unserer Verbundenheit mit einer Gemeinschaft. Ein Ehering steht für das Liebesversprechen, der Schal eines Fußballclubs macht den Fan erkennbar. Hakenkreuz und Hitlergruß den Nazi. Oder eben auch die Kornblume am Revers. Dass jemand einen Ehering trägt, um gegen die Instanz der Ehe zu protestieren, oder den Schal des verhassten Fußballvereins spazieren führt – eine absurde Vorstellung.

Nun hat aber der FPÖ-Bundespräsidentschaftskandidat Norbert Hofer nach eigener Darstellung genau solches getan. Mit dem Tragen der Kornblume bei seiner Angelobung im Parlament, so Hofer in diversen Interviews, habe er sich nicht als Unterstützer des faschistischen Gedankengutes zu erkennen gegeben. Sondern er habe vielmehr dagegen demonstrieren wollen, dass die Nazis die schöne blaue Blume missbrauchten. Folgt man dieser Darstellung: Wer weiß schon, wie viele Glatzköpfe mit Hakenkreuz und Hit-

lergruß nicht ein Zeichen gegen Nazis setzen wollen? Dass sie uns das dekorative indische Kreuzzeichen und das Heben des rechten Armes zum freundlichen Gruß verleiden wollen.

Aber so funktioniert Symbolik nicht. Ein Politiker muss sich der Kraft der Symbol-Sprache bewusst sein. Im Kornblumen-Fall gilt: Unwissenheit beim Gebrauch von Nazi-Rhetorik ist genauso unentschuldbar wie Vorsatz. Gilt für Politiker wie deren Unterstützer. Die bisherigen politischen Zustände wollen wir nicht mehr? Das ist legitim. Aber dann müssen wir ernsthaft diskutieren, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Und ob Politiker und Parteien, die in die weit klaffende Frustration und Protest-Bresche gesprungen sind, tatsächlich für ein Land und ein politisches System stehen, in dem wir morgen mitsamt seiner ganzen Symbolik aufwachen wollen.

| Von Susanne Glass

die „knöcheltief in der Praxis“ stehen, so André Martinuzzi, Leiter des Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement. „Entstanden ist die Initiative aus der Wahrnehmung eines Staatsversagens“, erzählt er. „Offizielle Stellen sind nicht in die Gänge gekommen, wohingegen Helfer motiviert und engagiert eingesprungen sind. Wir haben uns gedacht: Wenn wir diese Menschen stärken, dann stärken wir das Rückgrat der gesamten Hilfe.“

Darüber hinaus hoffen die Organisatoren auf den Multiplikator-Effekt der Workshops, die gegen einen Kostenbeitrag von 5 Euro besucht werden können. „Wenn pro Workshop fünfzig Leute teilnehmen, die wiederum ihr Wissen an andere weitergeben, erreichen wir Menschen, die sonst nicht angesprochen werden“, ist Lebens- und Sozialberaterin Sabine Eichinger überzeugt. Sie möchte vor allem jene unterstützen, die nicht an große NGOs angebunden sind und keinen Zugang zu Trainings haben.

Bei welchen Themen zusätzliches Know-how notwendig ist, war schnell geklärt. „An erster Stelle stehen interkulturelle Fragen“, hat Eichinger bei der Befragung von Helfern an Bahnhöfen und in Erstunterbringungsstellen festgestellt. Das bestätigt auch das rege Interesse am Workshop von Frau Yasar und Herrn Osman. „Der Termin war innerhalb von 48 Stunden ausgebucht“, berichtet Martinuzzi, „vor allem die Zielgruppe Vierzig plus interessiert sich für interkulturelle Themen und fragt sich, was es mit Sprechentfernung oder Augenkontakt auf sich hat.“ Jüngere zwischen zwanzig und dreißig hingegen zieht es eher zu Themen wie Asylrecht und Umgang mit Medien, zeigt die Erfahrung.

Burnout-Prävention

Neben interkulturellen Fragen werden auch psychosoziale Themen wie das Umgehen mit traumatisierten Menschen beleuchtet. Zusätzlich stehen Workshops wie „Erste Hilfe“ und „Konfliktlösung“ auf dem Programm. „Es ist mir ein Anliegen, den Helfern zu vermitteln, wie sie ihre Ressourcen bestmöglich einteilen und so ein Burnout verhindern können“, kommt Lebens- und Sozialberaterin Eichinger auf ein weiteres Themenfeld zu sprechen.

Wie wichtig das ist, weiß Charlotte Joy Wiggins aus Erfahrung. Die gebürtige Engländerin leitete bei „Train of Hope“ die Kinderecke und war für die Koordination von rund 100 Ehrenamtlichen verantwortlich: „Anfangs haben alle sehr schlecht geschlafen“, erzählt sie, „bei unseren täglichen Meetings kam zur Sprache, dass die Helfer Angst haben, es nicht zu schaffen. Das anzusprechen und zu erkennen, dass es sich um kein Einzelproblem handelt, hat oft schon geholfen.“ Die Dolmetsch-Studentin selbst war monatelang täglich im Einsatz. Dass dabei weder sie noch andere Freiwillige im Kin-

Die Autorin ist Korrespondentin der ARD im Nahen Osten

Kleiner Anteil in Europa

Vier von fünf Flüchtlingen weltweit leben in Entwicklungsländern. Die armen Länder in Afrika und Asien nehmen die meisten Flüchtlinge auf. Allein im Lager Dadaab in Kenia leben 340.000 Leute.



Knöcheltief in der Praxis

Freiwilligen Flüchtlingshelfern und potentiellen Ehrenamtlichen werden an der WU von Praktikern Kompetenzen vermittelt.

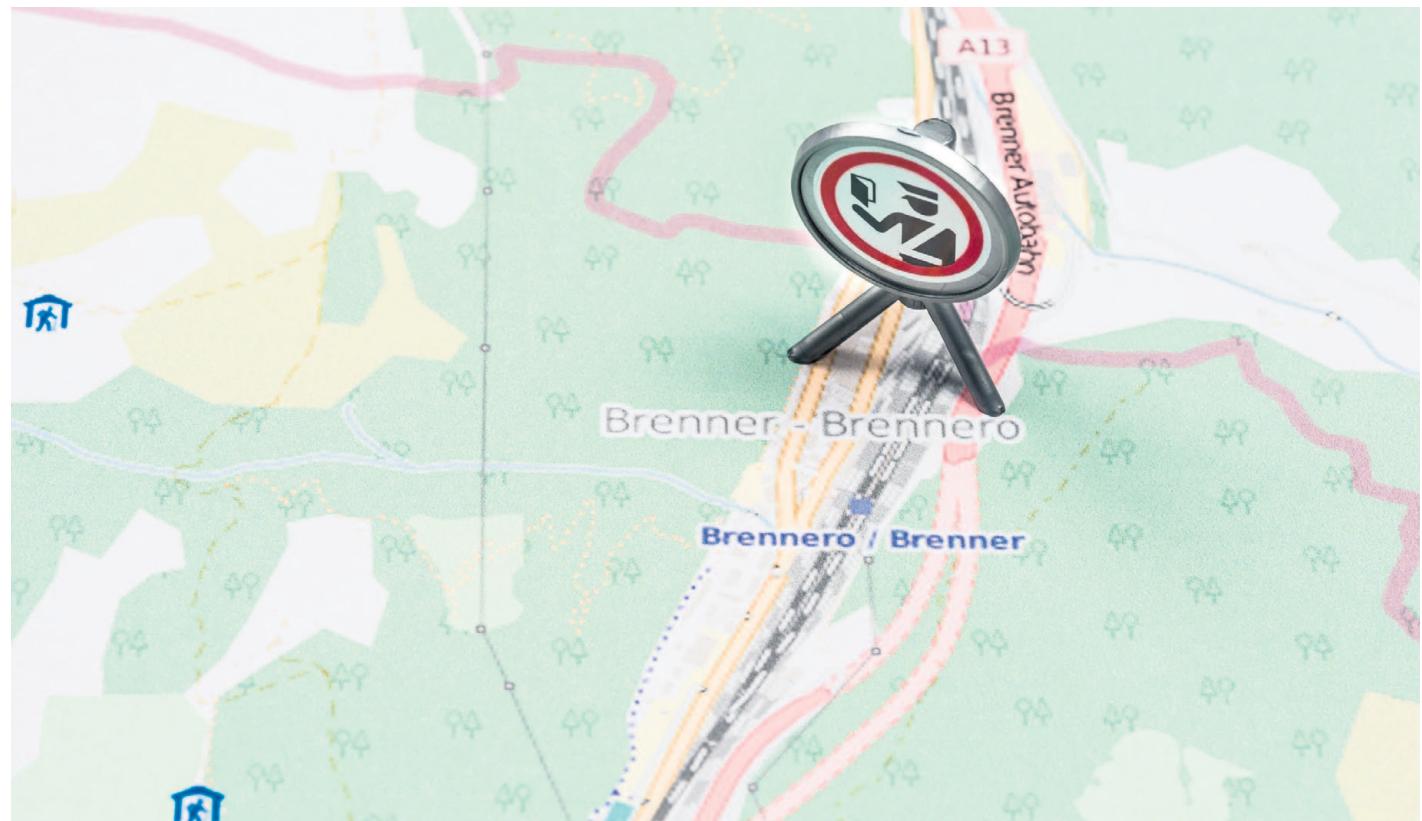
derbereich Burnout erlitten, ist ihrer Meinung nach den eingeschränkten Öffnungszeiten dieser „Abteilung“ zu verdanken. „Ich weiß aber von Kollegen, die teilweise drei Tage am Stück nicht geschlafen haben“, erzählt Wiggins, die bei „Power 2 Help“ über Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen referiert.

Neue Chancen schaffen

Wie alle anderen ist auch diese Veranstaltung bereits ausgebucht. „Aufgrund der Räumlichkeiten und wegen des interaktiven Formats müssen wir die einzelnen Workshops auf 50 Teilnehmer beschränken“, so Martinuzzi. Das große Interesse lässt die Organisatoren bereits an eine Ausweitung als videobasiertes Online-Format auf ganz Österreich und Deutschland denken. Dafür bräuchte man aber Sponsoren, denn ein solcher Mehraufwand würde die bisher ehrenamtlichen Kapazitäten der Beteiligten übersteigen. Bevor dieser Zukunftplan aber spruchreif wird, müssen noch die restlichen Workshops und auch die Abschlussveranstaltung von Power 2 Help über die Bühne gebracht werden: Für Letzteres haben sich die Organisatoren etwas Besonderes überlegt. Die Podiumsdiskussion „Asyl – Chancen – Wirtschaft“ soll den Festsaal der WU mit rund 400 Menschen füllen und zeigen, dass die Neu-Ankommelinge eine Dynamisierung für unsere Wirtschaft darstellen können. „Wir haben das Gefühl, Flüchtlinge kosten so viel, sehen aber nicht, dass das Leute sind, die Arbeitsplätze kreieren können“, ist Martinuzzi überzeugt, „da findet kein Wegnehmen statt, sondern ein Schaffen von Chancen.“

Ein Plädoyer, Flüchtlinge nicht vorschnell zu verurteilen, möchten auch die beiden Workshop-Leiter von „Rollenbilder und Religionen“ den Ehrenamtlichen und solchen, die es noch werden wollen, mit auf den Weg geben. „Ich bin religiös, aber in erster Linie bin ich Mensch“, ärgert sich Canan Yasar darüber, immer auf ihre Religion reduziert zu werden. „Die Muslime gibt es nicht“, fügt Osman hinzu, „die Menschen, die nach Österreich kommen, sind ein heterogener, bunter Haufen.“ Ein Haufen Menschen, die vor allem eines möchten: Dass mit ihnen gesprochen wird und nicht über sie.

www.power2help.at



An der Grenze

Der Brenner und die von Österreich geplanten Grenzkontrollen wegen erwarteter Flüchtlinge sind seit Wochen Streitpunkt zwischen Wien und Rom. Christoph Pinter kann derzeit keine Verlagerung der Flüchtlingsroute Richtung Brenner erkennen.

Foto: Shutterstock

Das Flüchtlingsproblem ist nicht bloß ein europäisches Thema, sondern eines, das die gesamte internationale Staatengemeinschaft angeht, meint UNHCR-Österreich-Chef Christoph Pinter.

„Mehr aufnahmebereite Länder“

Das Gespräch führt Sylvia Einöder

Der Leiter des UNHCR-Büros Wien, Christoph Pinter, über die neue Asylverordnung der Bundesregierung, die Aufgaben der Integration nach dem Meinungsumschwung wegen der Ereignisse von Köln und die positive Rolle von Aufnahmegerügschaften.

DIE FURCHE: Zur neu geschaffenen Notverordnung, mit der das Asylrecht von Flüchtlingen außer Kraft gesetzt wird: Rechnen Sie damit, dass diese Notverordnung im Sommer angewendet wird, sobald wieder mehr Menschen an der österreichischen Grenze stehen?

Christoph Pinter: Wir hoffen, dass das nicht der Fall sein wird. Wir haben ja große Bedenken bei diesem speziellen Grenzverfahren, wo Schutzsuchenden nicht mal mehr der Zugang zu Asylverfahren gewährt wird. Egal welches Grenzmanagement-System ein Staat aufbaut – ein Flüchtling muss nach internationalem Flüchtlingsrecht immer Zugang zu einem Asylverfahren finden.

DIE FURCHE: Ab wann würde die Notverordnung in Kraft treten?

Pinter: Das muss der Staat entscheiden. Die Verordnung zielt rechtlich darauf ab, die öffentliche Ordnung und innere Sicherheit zu bewahren. Hier wurden genaue Kriterien festgelegt, ab wann man von einer Gefährdung sprechen kann: Wenn das Funktionieren des Staates beeinträchtigt ist, das Gesundheitssystem, das Sozialsystem, der Arbeitsmarkt, die Kapazitäten der Grundversorgung.

DIE FURCHE: Die neue Notverordnung zielt darauf ab, dass Betroffene nicht in Gebiete geschickt werden können, wo ihnen unmenschliche Behandlung, Folter etc. droht. Entsteht da nicht das Problem der Nachweisbarkeit?

Pinter: Wir lesen diese Verordnung so, dass dann niemand mehr Zugang zum Asylverfahren in Österreich erhält, mit Ausnahme von Menschen, die enge Familienangehörige hier haben. Dann würde kein einziger Fall mehr geprüft werden – wer keine Verwandten hier hat, würde automatisch zurückgeschickt werden, auch wenn es sich um besonders gefährdete Gruppen wie unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Frauen, alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen oder Traumata handelt.

DIE FURCHE: Grüne und NEOS haben kritisiert, dass die Regierung mit dieser „rechtlich abenteuerlichen Konstruktion“ das Geschäft der FPÖ erledigt und angekündigt, eine Verfassungsklage einzubringen. Sehen Sie da Aussichten auf Erfolg?

Pinter: Schwer zu sagen. Aber bei einigen Aspekten ist es sicher sinnvoll, klären zu lassen, ob diese verfassungsrechtlich und europarechtlich in Ordnung sind.

DIE FURCHE: Das UNHCR hat auf die negative Vorbildwirkung Österreichs hingewiesen und vor einer möglichen Kettenreaktion anderer Staaten gewarnt. Was wäre, wenn alle EU-Staaten so eine Notverordnung in Kraft setzen würden?

Pinter: Uns geht es nicht um Europa alleine. UNHCR will weltweit möglichst vielen Flüchtlingen Schutzmöglichkeiten bieten, aber viele Staaten in Asien und Afrika schauen nach Europa. Wenn ärmere Länder betonen, dass nicht einmal reiche Länder wie Österreich Asylverfahren ermöglichen, erschwert das unsere internationale Arbeit. Wir wollen nicht Probleme von einem Staat zum nächsten weiterschieben auf dem Rücken der Flüchtlinge.

DIE FURCHE: Was halten Sie von den bisherigen Grenzkontrollen-Vorbereitungen am Brenner? Es



Foto: APA / Scherlau

„Es braucht eine nicht feindlich gesinnte Aufnahmegerügschaft. Wir machen uns Sorgen, wenn immer mehr diskutiert wird, wie man die Rechte von Flüchtlingen einschränken könnte.“

hat ja schon Proteste gegeben, wo doch gerade der Brenner eine symbolträchtige Grenze Europas ist.

Pinter: Wenn Flüchtlinge in Italien erstmals EU-Boden betreten, stellt Österreich die erste Grenze dar. Bisher nehmen wir aber keine Verlagerung der Flüchtlingsrouten wahr. Die Ankünfte sind in Italien zwar um sechs Prozent gestiegen, aber da handelt es sich vor allem um Nigerianer, Gambier und Senegalesen. Unter den ersten zehn Herkunftsändern sind weder Syrien noch Afghanistan oder der Irak, von wo ja 90 Prozent der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge stammen.

DIE FURCHE: Durch die Schließung der Westbalkanroute blüht das Schlepperwesen. Was kann man dagegen tun?

Pinter: Einerseits hat sich die EU der Schlepperbekämpfung verschrieben, aber mit ihrer Vorgangsweise befeuert sie das Schleppergeschäft. Man sollte Resettlement-Programme für syrische Flüchtlinge bereits in den Erstankunftsändern anbieten, also in der Türkei, Jordanien oder dem Libanon. Somalische Flüchtlinge etwa sollten bereits in Kenia oder Äthiopien darum ansuchen können, damit sie nicht

durch gefährliche Länder reisen müssen, bis sie ein UNHCR-Lager erreichen. Auch Familienzusammenführungen, Arbeits-Visa, Studenten-Visa sind eine gute Möglichkeit. Es braucht mehr Plätze von aufnahmegerügschten Ländern. Gäbe es mehr alternative Aufnahmegerügschkeiten, würden die Leute wohl lieber noch einige Zeit in der Türkei, dem Libanon oder Jordanien ausharren, anstatt sich in ein wackliges Boot zu setzen. Es gibt jährlich einen Bedarf von einer Million Flüchtlinge, aber wir haben nur 80.000 Resettlement-Plätze zu vergeben.

DIE FURCHE: Die Stimmung in der Bevölkerung ist vom Herbst 2015 mit der Train of Hope-Bewegung auf das neue Jahr mit den Kölner Silvesterübergriffen ins Negative umgeschwenkt. Wo kann man hier einhaken?

Pinter: Erfreulicherweise gibt es noch immer viele Initiativen und Privatpersonen, die helfen. Aber es wäre wichtig, diese polarisierten Teile der Gesellschaft wieder zusammenzubringen, um die Integration der Flüchtlinge besser bewältigen zu können. Diese Herausforderung kommt jetzt auf uns zu. 2015 haben rund 20.000 Menschen Schutz in Österreich erhalten.

Viele Asylverfahren sind noch anhängig, also werden heuer noch mehr Menschen Asyl erhalten. Da braucht es eine Aufnahmegerügschaft, die nicht feindlich gesinnt ist. Wir machen uns schon Sorgen, wenn immer mehr diskutiert wird, wie man die Rechte von Flüchtlingen einschränken könnte. Die Frage ist vielmehr, wie man die Leute unterstützen kann, sich hier eine neue Existenz aufzubauen und zu dieser Gesellschaft beizutragen. Die Mehrheit der Flüchtlinge will nichts lieber als das.

DIE FURCHE: Was halten Sie von der diskutierten Kürzung der Mindestsicherung von anerkannten Flüchtlingen?

Christoph Pinter
Er ist seit 13 Jahren für UNHCR tätig, und ist seit August 2011 Leiter des UNHCR Wien. Pinter hatte davor die Rechtsabteilung geleitet. Der promovierte Jurist ist ein Kenner der nationalen Asyl- und Fremdenrechtsma-

terie.

Wenn Flüchtlinge sich kaum über Wasser halten können, werden sie weniger Zeit haben für Deutschkurse, AMS-Maßnahmen, etc. In Oberösterreich ist von insgesamt maximal 520 Euro die Rede nach dem Motto „Die sollen nicht gleich viel bekommen wie die Österreicher“ – anerkannte Flüchtlinge müssen sich damit alles selbst finanzieren. Die Budgetaufstockung für Deutschkurse, die Kompetenzchecks beim AMS oder das Anerkennungsgesetz sind positiv. Bei der praktischen Integrationsbegleitung im Alltag müssten noch mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt zwar gute Projekte vom Integrationsministerium, die müssten man quantitativ wesentlich ausbauen.